

<https://www.morgenpost.de/politik/article238962529/russland-ukraine-krieg-getreideabkommen-stopp.html> 18.7.2023

Export-Abkommen für ukrainisches Getreide offiziell beendet

Trotz internationaler Empörung hatte Russland das Getreideabkommen mit der Ukraine aufgekündigt. Nun ist es offiziell ausgelaufen.

Berlin. Das Abkommen zur Verschiffung von ukrainischem Getreide über das Schwarze Meer ist nach mehreren [Verlängerungen](#) am Montagabend offiziell ausgelaufen. Zuvor hatte [Russland](#) die Vereinbarung gestoppt. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärte, dass Moskau zur Erfüllung der Vereinbarung zurückkehre, sobald alle russischen Forderungen für den Export seines eigenen Getreides erfüllt seien.

Peskow dementierte, dass die [Attacke auf die Krim-Brücke](#) vom Montag Auswirkungen auf die Zukunft des Getreideabkommens habe. "Das sind zwei nicht miteinander verbundene Ereignisse. Sie wissen, dass noch vor dem Terroranschlag, die Position von Präsident Putin geäußert wurde", sagte der Kreml-Sprecher.

Getreideabkommen: Mehr als 33 Millionen Tonnen seit letztem Sommer verschifft

Das Auslaufen des Abkommens wird international beklagt. Die Nichtverlängerung durch Moskau zeige, "dass Russland sich nicht verantwortlich fühlt für ein gutes Miteinander in der Welt", sagte Bundeskanzler [Olaf Scholz](#) (SPD) in Brüssel. Bundesaußenministerin [Annalena Baerbock](#) (Grüne) verurteilte die russische Ablehnung ebenfalls scharf. Putin setze "in seinem brutalen Angriffskrieg" gegen die Ukraine "erneut Hunger als Waffe gegen die ganze Welt" ein, sagte sie in New York.

Die Ukraine ist ein wichtiger Agrarexporteur. Ohne das ukrainische Getreide drohen steigende Lebensmittelpreise und Hungerkrisen in den ärmsten Regionen der Welt. Dank der Vereinbarung hatte die [Ukraine](#) trotz des [russischen Angriffskriegs](#) seit vergangenem Sommer Getreide

auf dem Seeweg exportieren können. Mehr als 1000 Schiffe brachten fast 33 Millionen Tonnen ins Ausland. Als vorläufig letztes Schiff wurde am Montag in Istanbul der Frachter "TQ Samsun" auf dem Weg in die Niederlanden kontrolliert.

Selenskyj will Getreideabkommen ohne Russland

Der ukrainische Präsident [Wolodymyr Selenskyj](#) forderte, die Exporte auch ohne russische Zustimmung in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und der Türkei fortzusetzen. Dazu habe er Briefe an UN-Generalsekretär Antonio Guterres und Präsident Recep Tayyip Erdogan geschrieben, sagte Selenskyj in seiner Videoansprache am Montagabend. Der türkische Präsident [Recep Tayyip Erdogan](#) stellte in Aussicht, mit Kremlchef [Wladimir Putin](#) über eine Wiederaufnahme des Abkommens zu reden. ....

<https://www.presseportal.de/pm/168551/5557953> 14.7.2023

LNG/Rügen - Gutachten: Pipeline nicht genehmigungsfähig

Ein Gutachten zum geplanten Bau der Pipeline für das LNG-Terminal in Mukran auf Rügen bis zum Einspeisepunkt in Lubmin kommt zu dem Schluss, dass erhebliche wasserbauliche Zweifel an der Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens vorliegen.

Das Gutachten wurde von Prof. Dr.-Ing. Bärbel Koppe, AQUADOT Ingenieurgesellschaft Hamburg, im Auftrag der Gemeinde Ostseebad Binz erstellt. Frau Prof. Dr.-Ing. Bärbel Koppe lehrt Bauingenieurwesen (Berufungsgebiet: Wasserbau und Hydromechanik) an der Hochschule Wismar.

Prof. Dr.-Ing. Bärbel Koppe: "Die von Gascade beim Bergamt Stralsund eingereichten Planunterlagen für die Pipeline weisen hinsichtlich wasserbaulicher Fragestellungen maßgebende Lücken, Mängel und Unschlüssigkeiten auf. Dies betrifft im Wesentlichen:

1. Küstenmorphologische Prozesse: So können bei den geringen geplanten Mindestüberdeckungshöhen von 0,5 m u.a. freigespülte Bereiche unterhalb der Pipeline und somit freie Durchhänge entstehen, die die Integrität der Pipeline gefährden und zum Bruch führen können.

2. Das marine Vorranggebiet Küstenschutz "Prorer Wiek" soll durch die Pipeline je nach Trassenvariante gequert bzw. ohne ausreichenden Sicherheitsabstand tangiert werden. Ein Gebiet, welches zum Küstenschutz reserviert wurde und indem weitere Nutzungen - somit auch eine Verlegung einer Pipeline - nicht zugelassen sind.

3. Die Bauzeitenplanung berücksichtigt nicht die erheblichen Einschränkungen seebaulicher Tätigkeiten in der Sturmsaison ab Herbst. Der geplante Abschluss der Arbeiten und die Inbetriebnahme der Anlage im Dezember 2023 und somit vor der Ausschlusszeit der Bautätigkeiten während der Heringslaichzeit vom 1. Januar bis 30. April ist unrealistisch."

...

Karsten Schneider, Bürgermeister der Gemeinde Ostseebad Binz: "Die im Gutachten vorliegenden Fakten zeigen unzweifelhaft, dass es mit den Planungen nie so weit hätte kommen dürfen. Es muss nun allen klar sein, dass Pipeline und Terminal endlich Geschichte sind. Wir fordern den Bund und das Land Mecklenburg-Vorpommern auf, das gesamte Vorhaben unverzüglich zu stoppen."

Das vollständige Gutachten wurde dem Bergamt Stralsund am 12.7.2023 zugesendet. ....

[https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/mittelstand-26-prozent-wollen-geschaeft-aufgeben-a4341795.html?utm\\_source=expired&src\\_src=expired&utm\\_campaign=NL\\_2023-07-18&src\\_cmp=NL\\_2023-07-18&utm\\_medium=mail&est=cilV5jx%2BLyv1%2BgezXRWNqm9Dgn73pK5IyEftCcZuO15eP%2BbGS%2BoO6H5p5gus6j%2Fkdw%3D%3D](https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/mittelstand-26-prozent-wollen-geschaeft-aufgeben-a4341795.html?utm_source=expired&src_src=expired&utm_campaign=NL_2023-07-18&src_cmp=NL_2023-07-18&utm_medium=mail&est=cilV5jx%2BLyv1%2BgezXRWNqm9Dgn73pK5IyEftCcZuO15eP%2BbGS%2BoO6H5p5gus6j%2Fkdw%3D%3D) 17.7.2023

<https://tinyurl.com/j55c9cnd>

Mittelstand: 26 Prozent wollen Geschäft aufgeben

Die Krisenstimmung hat den Mittelstand erreicht. Etwa ein Viertel der Unternehmen denkt ans Aufhören, 22 Prozent erwägen die Abwanderung. Für stabil halten Deutschland nur noch 36 Prozent.

Erst am Freitag, 14.7., hatte Kanzler Olaf Scholz in der Bundespressekonferenz seine Bundesregierung für deren Politik [gerühmt](#), die Innovation und Fortschritt fördere. In der deutschen Wirtschaft scheint diese Botschaft jedoch nicht überall angekommen zu sein. Vor allem der Mittelstand sieht Deutschland in einer tiefen Krise, und viele Unternehmen denken mittlerweile daran, Konsequenzen zu ziehen.

Wie „n-tv“ [berichtet](#), denken 26 Prozent der deutschen Mittelständler über eine Aufgabe ihres Geschäfts nach. Außerdem erwägen 22 Prozent eine Abwanderung ins Ausland. Dies ist das Ergebnis der aktuellen Branchenumfrage des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft. Dessen Vorsitzender Markus Jerger erklärt, die Ergebnisse der Umfrage seien „mehr als nur ein Warnsignal“.

Nicht nur Energiekosten: Mittelstand leidet unter Bürokratie und Fachkräftemangel

Als Gründe gaben die Befragten unter anderem Bürokratie und überzogene Vorschriften an, die etwa ein Drittel als massive Einschränkungen wahrnimmt. Etwa ein Viertel gibt den Fachkräftemangel als Faktor an, der die eigene Geschäftstätigkeit massiv einschränkt.

Erst vor wenigen Wochen hatte die Bundesregierung das Fachkräfte-Einwanderungsgesetz aus dem Jahr 2020 [reformiert](#). Das bisherige hatte nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Für viele potenzielle Fachkräfte aus dem Ausland ist es immer noch zu bürokratisch. Die Folge ist, dass einige ihren Wunsch, nach Deutschland zu kommen, aufgeben oder sich für andere Zielländer entscheiden.

Das Kompetenzzentrum für Fachkräftesicherung (KOFA) spricht von derzeit 1,3 Millionen offenen Stellen für qualifizierte Fachkräfte in

Deutschland. Das entspreche einer Steigerung um 30,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Einer der Hauptgründe sei die zunehmende Überalterung der Gesellschaft. Geburtenstarke Jahrgänge erreichen das Rentenalter, gleichzeitig fehlt es an Nachwuchs. ....